

# Politische Ökonomie oder mathematische Scholastik?

## Genesis, Bedeutung und Grenzen neoklassischen Denkens

Von Hajo Riese

Verschiedene Ausformungen der neoklassischen Theorie werden daraufhin untersucht, ob sie dem neoklassischen Paradigma, das an Untersättigung, Verfügungen über materielle Ressourcen und kurzfristige Entscheidungen gebunden ist, angemessen sind.

### I.

1. Diese Ausführungen sollen klären, inwieweit das Instrumentarium der neoklassischen Theorie, das von der gegenwärtigen Forschung für die Analyse vielfältiger ökonomischer Erscheinungen verwendet wird, seinen Forschungsobjekten angemessen ist. Dabei wird davon ausgegangen, daß die *Jevons-Edgeworths*che Lösung des isolierten Tausches die Grundlage neoklassischen Denkens bildet; ferner wird unterstellt, daß *Walras'* Ableitung des allgemeinen Gleichgewichts eine Verallgemeinerung des Falles des isolierten Tausches darstellt und damit die Anlage neoklassischen Denkens angemessen repräsentiert. Preistheorie, Wohlfahrtsökonomie, Spieltheorie und Wachstumstheorie sind die modernen Anwendungsbereiche neoklassischen Denkens, die zu untersuchen sind.

Darin liegt zugleich eine Begrenzung auf einen Bereich, der als Theorie relativer Güterpreise bezeichnet werden kann. Eine Beschäftigung mit der neoklassischen Geldtheorie muß ungeachtet ihrer Renaissance unterbleiben, weil sie den Rahmen dieser Ausführungen sprengen würde. Denn es würde nicht genügen, die spezifischen Ausformungen der Geldtheorie im Lichte des walrasianischen Gleichgewichtsmodells zu überprüfen; notwendig wäre es vielmehr zu klären, ob das neoklassische Instrumentarium überhaupt in der Lage ist, die Beziehungen zwischen Geld oder, allgemeiner gesprochen, Vermögensbeständen und Produktionsprozeß, somit zwischen *stocks* und *flows*, angemessen zu erfassen. Eine diesbezügliche Untersuchung müßte schwerwiegende methodische Fragen, die heute höchstens im Ansatz bewältigt sind, aufwerfen, vor allem aber eine Auseinandersetzung mit dem monetaristischen *Keynes*, auf den sich insbesondere der Neoklassiker *Friedman* beruft, notwendig machen.

2. Einige Vorbemerkungen sind notwendig, um die methodologische Position dieser Abhandlung zu klären. Sie beziehen sich vor allem auf die Verwendung des Begriffs Angemessenheit. Für die analytische Wissenschaftstheorie ist eine Theorie dann angemessen, wenn eine empirische Überprüfung sie nicht widerlegt. Dieses Kriterium erweist sich für die Intentionen dieser Abhandlung als zu eng, da es zwar ein gewichtiges Instrument zur Kontrolle der sozialökonomischen Relevanz von Theorien darstellt, aber nur eine unzureichende Grundlage zur Beurteilung von Forschungsprozessen bildet. Denn die Unterstellung eines Forschungsprozesses, der aus der Bildung, Falsifikation und erneuten Bildung empirisch überprüfbarer Hypothesen besteht, übersieht, daß Theorien durch Änderungen des Kategorienapparates entstehen, für die die Falsifikation von Hypothesen höchstens den Anstoß geben kann. Kategorien dagegen werden aus Erfahrungen des Forschungsprozesses, vornehmlich in den Geisteswissenschaften aber auch aus historischen Erfahrungen deduziert (Vgl. Kuhn, 1967).

Gerade die Geschichte ökonomischen Denkens läßt sich eher von einer Transformation von Kategorien als von der Falsifikation von Hypothesen her fassen. Theorien werden dadurch obsolet, daß ihre Instrumente veralten; neue Theorien entstehen dadurch, daß neue Instrumente geschaffen werden. Das läßt sich sowohl für den Übergang von der klassischen zur neoklassischen Ökonomie als auch zu *Keynes* zeigen. Die neoklassische Wertlehre kann gegenüber der klassischen als die angemessenere angesehen werden, weil sie durch die Einbeziehung subjektiver Wertschätzungen eine Handlungstheorie ermöglicht, *Keynes'* Beschäftigungstheorie kann als angemessener gegenüber der neoklassischen eingeschätzt werden, weil sie die Unmöglichkeit, Vollbeschäftigung preistheoretisch zu erklären, nachweist.

In beiden Fällen ergibt sich die Angemessenheit der Theoriebildung dadurch, daß eine veränderte Erfahrung der sozialökonomischen Realität reflektiert wird. Eine solche Angemessenheit muß selbstverständlich nicht nur den Maßstab für eine neue, sondern auch für eine weiterentwickelte Theorie abgeben. Letztere ist sogar in besonderer Weise davon bedroht, sich von der sozialökonomischen Realität zu entfernen und damit unangemessen zu werden, weil Traditionsbewußtsein wie Bequemlichkeit es nahelegen, den Forschungsprozeß an der überkommenen Theorie zu orientieren, auch wenn damit der Zusammenhang mit der sozialökonomischen Realität verlorenggeht. Inwieweit die Neoklassik, die vor 100 Jahren als Preistheorie entstanden ist und heute ein Instrumentarium anbieten zu können meint, das generell auf ökonomische Phänomene anwendbar ist (oder sogar auf alle sozialökonomischen Probleme, die sich aus menschlichen Handlungen ergeben und damit der neoklassischen Maximierungsregel unterworfen werden können), dieser Gefahr erlegen ist, soll diese Abhandlung klären.

In den Fällen, in denen sich dies nachweisen läßt, liegt eine Dogmatisierung des Kategorienapparates der Neoklassik vor. Von einer Scholastisierung der Theorie kann deshalb gesprochen werden, weil die formale Anwendung eines Instrumentariums Vorrang vor der sozialökonomischen Relevanz des Forschungsansatzes hat; die Scholastik ist mathematisch, weil sich die Theorie im allgemeinen im ‚modernen‘ Gewand der Mathematik darbietet.

Wenn die Forschung dagegen den Kategorienapparat der Neoklassik auf sozialökonomisch relevante Probleme anwendet, wird die Neoklassik zur Politischen Ökonomie. Der Begriff Politische Ökonomie wird in Anlehnung an eine verschüttete theoriegeschichtliche Tradition bewußt für eine sozialökonomisch relevante Orthodoxie in Anspruch genommen, bewußt gesetzt vor allem gegen heterodoxe Strömungen, die legitimerweise für sich allein den Begriff ‚Kritik der Politischen Ökonomie‘ in Anspruch nehmen können.

## II.

3. Der Kern neoklassischen Denkens läßt sich ausgezeichnet an der Auseinandersetzung der sich konstituierenden neoklassischen Ökonomie mit ihrem klassischen Vorläufer demonstrieren. Die Intention der Begründer der Neoklassik bestand zweifelsohne nicht ausdrücklich darin, die klassische Wertlehre zu überwinden; angestrebt wurde vielmehr eine Präzisierung klassischen Denkens, vor allem eine genauere Fassung der Preistheorie, bei der die Überwindung der Antinomie von Gebrauchswert und Tauschwert die entscheidende Rolle spielte.

Der Fall des isolierten Tausches, bei dem sich zwei Individuen gegenüberstehen, die über eine gegebene Gütermenge verfügen, ist dabei ein besonders aufschlußreiches Demonstrationsobjekt. Während für *Adam Smith* ganz selbstverständlich Hirsch und Biber im Verhältnis der zu ihrem Erlegen aufgewendeten Arbeitszeit getauscht werden, wird für *Jevons* das Tauschverhältnis durch das reziproke Verhältnis der Grenznutzen der tauschenden Individuen bestimmt. Objektive, an den Produktionskosten orientierte und subjektive, an den Nutzenvorstellungen der Tauschenden orientierte Wertlehre erscheinen in diesen beiden Interpretationen paradigmatisch verkörpert.

Dabei wird jedoch nur allzu leicht übersehen, daß beide Lösungen unvollkommen bleiben. Die klassische Lösung bleibt unvollkommen, weil zwar eine Theorie der Preisstruktur, aber keine Theorie der Güterverteilung vorliegt<sup>1</sup>. Diese Lücke bleibt auch bestehen, wenn die Theorie des isolierten Tausches zu einer Produktionstheorie verallgemeinert wird. Die klassische Ökonomie liefert in jedem Fall allein eine Theorie,

<sup>1</sup> Im Fall des isolierten Tausches: Die Verteilung der vorhandenen Menge auf Eigenverbrauch und Tausch.

die die Beziehungen zwischen Preisen und (Re-)Produktionsbedingungen, aber nicht zwischen Produktionsmengen und Nachfrage erklärt<sup>2</sup>.

Dagegen versucht die Neoklassik durch die Einführung der subjektiven Wertschätzung als wertbestimmendes Element die simultane Bestimmung von Preisstruktur und Güterverteilung. Typisch dafür ist das Interdependenzmodell von *Walras*. Im Fall des isolierten Tausches ist die Lösung jedoch, wie *Edgeworth Jevons* nachwies, indeterminiert, weil für die Bestimmung der beiden zu tauschenden Mengen nur eine Gleichung, nämlich die Grenznutzenbedingung, zur Verfügung steht. Deshalb gibt es eine Vielzahl, auf der sogenannten Kontraktkurve liegende Möglichkeiten, die der Grenznutzenbedingung genügen. Erst wenn das Preisverhältnis vorgegeben wird, ist das Modell determiniert.

Die Einführung des Grenznutzenkalküls scheint damit lediglich die Lücke zu füllen, die die klassische Preistheorie hinterlassen hat. Für den Fall des isolierten Tausches stimmt das sicherlich. Komplizierter ist die Angelegenheit, wenn eine Vielzahl von Anbietern und Nachfragern auftritt. Je größer ihre Zahl ist, desto enger wird der Spielraum, der für die autonome Festsetzung des Tauschverhältnisses zur Verfügung steht. Ein Ergebnis, das, wie vor allem die österreichische Grenznutzenschule betont hat (*Schumpeter*, 1954, S. 983 f.), nicht unerwünscht ist, weil es die Determiniertheit des Tauschverhältnisses und damit ein definierbares Gleichgewicht an eine Vielzahl von Anbietern und Nachfragern bindet.

In *Walras'* Gleichgewichtsmodell manifestiert sich das neoklassische Credo einer simultanen Bestimmung von Preisen und Mengen. Aber während beim Hirsch-Biber-Beispiel von *Adam Smith* bereits die Theorie auf Tauschvorgänge weist, die auf einer Güterproduktion beruhen, bleibt bei *Walras* auch das allgemeine Gleichgewichtsmodell dem Tausch vorgegebener Gütermengen verhaftet. Da die Faktorbesitzer vor die Wahl gestellt werden, die Faktoren entweder als ‚produktive Dienste‘ den Unternehmern zu verkaufen oder selbst zu verwenden, sind die Faktoren den Gütern gleichgestellt; für die Vorstellung einer Tauschwirtschaft, in der Produzenten und Konsumenten identisch sind, spricht auch, daß dem Unternehmer die technische Funktion eines Vermittlers ohne spezifisches Einkommen zugewiesen wird, daß der Unternehmer lediglich, wie *Schumpeter* (1954, S. 1011) es ausdrückt, als eine Firma angesehen wird, die als Agentur der Haushalte fungiert.

<sup>2</sup> Die klassische Lösung ist, anders formuliert, dann bestimmt, wenn das Produktionsergebnis voll der Reproduktion der Faktoren dient. Der Lohn entspricht dann den Reproduktionskosten der Arbeit, der Profit denen des Kapitals. Die klassische Ökonomie bietet damit eine geschlossene Theorie nur für den Fall einer Subsistenzwirtschaft. Sobald von einer expandierenden Wirtschaft ausgegangen wird oder eine autonome Nachfragestruktur vorausgesetzt werden muß, wird die klassische Preistheorie indeterminiert.



Der Anspruch einer Produktionstheorie, die auf einer Trennung von Konsumenten und Produzenten beruht, wirft jedoch auch die neoklassische Theorie auf die klassische preistheoretische Fragestellung zurück. Denn bei einer solchen Trennung muß die Preistheorie den Profit als ein Reineinkommen, das den Produzenten als den Besitzern der Produktionsmittel zufließt, erklären; dabei muß sie berücksichtigen, daß als Bemessungsgrundlage des Profits der Wert der Produktionsmittel, das Kapital, figuriert.

Mit diesem Postulat verliert eine Theorie ihren Kern, die die Preisbildung auf einen Tauschvorgang zurückführt, der sich aus der ewigen Notwendigkeit des Wirtschaftens ergibt. Die Theorie kann nur noch dann angemessen sein, wenn sie die Preisbildung im Kapitalismus erklärt. Daran hat die Orthodoxie seit *Adam Smith*' Zeiten schwer getragen; immer wieder hat sie, versteckt oder offen, die Idylle gleichartig handelnder Tauschpartner beschworen, indem sie wie die Nutzung von Arbeitskraft und Boden auch die Nutzung von Maschinen als Element des Preisbildungsprozesses zu fassen suchte und damit das Wesen des Profits verkannte.

4. An den Arbeiten der zweiten Generation der Neoklassiker, bei *Wieser* und *Böhm-Bawerk*, vor allem aber bei *Marshall*, zeigt sich, daß die klassische Fragestellung nach den Kostenbestandteilen des Preises wieder Gewicht erhält. *Marshall*, der als Schüler von *J. St. Mill* dem klassischen Erbe verpflichtet blieb, ließ von der Nutzentheorie nur noch die fallende Preis-Nachfragekurve übrig und setzte an die Stelle des Profits die Quasirente. Damit waren die methodischen Voraussetzungen dafür gelegt, daß die Preistheorie auch im neuen Gewande Kostentheorie blieb.

Der Charakter der Neoklassik als subjektiver Wertlehre läßt sich somit keinesfalls am spezifischen Gehalt der Preistheorie erkennen. Das gilt ungeachtet dessen, daß Lohn und Bodenrente anders als von der klassischen Ökonomie erklärt werden<sup>3</sup>. Beide Theorien lassen sich so darstellen, daß sie Preise auf Kosten zurückführen, dabei den Zusammenhang zwischen Kosten und Einsatz an originären Produktionsfaktoren zu klären haben und beide vor allem den Profit als ein den Unternehmern oder Kapitalbesitzern zufließender Reinertrag zu begründen haben.

---

<sup>3</sup> Die klassische Ökonomie erklärt den Lohn reproduktionstheoretisch, (bei *Ricardo*) die Bodenrente als Differentialgewinn; die neoklassische Ökonomie erklärt Lohn wie Bodenrente grenzproduktivitätstheoretisch. Das Marginalprinzip allein aber begründet noch keine subjektive Wertlehre, da es, wie im Fall einer Einproduktwirtschaft mit fixiertem Angebot an Faktoren, auch dann anwendbar ist, wenn subjektive Wertschätzungen keinen Einfluß auf die Gleichgewichtslösung haben.

Entgegen der Meinung ihrer Begründer<sup>4</sup> liegt der revolutionäre Gehalt der Neoklassik nicht darin, eine überzeugendere Preistheorie als die Klassik zu liefern, sondern darin, die Beziehungen zwischen Produktionsmengen und Nachfrage zu klären. Die Produktionsstruktur, die im klassischen Modell offenblieb, bestenfalls durch die Reproduktionsbedingungen determiniert wurde und damit Parameter war, wird im neoklassischen Modell zur Variable, zum Ergebnis des Wirtschaftsprozesses. Das lineare Preis/Kosten-Modell der Klassik erweitert sich zum simultanen Preis/Kosten-Nachfrage/Mengen-Modell.

Das hat keineswegs nur formale Konsequenzen. Denn erst die Simultanlösung macht eine Allokationstheorie möglich, die auf einer effizienten Verfügung über Ressourcen beruht und eine Definition ökonomischer Rationalität liefert, die an verfügbare Ressourcen, Produktionsmöglichkeiten und Nutzenvorstellungen gebunden wird. Damit konstituiert die Neoklassik eine Theorie des Wirtschaftens, die sich von der der Klassik diametral unterscheidet. Der Schritt von der klassischen zur neoklassischen Ökonomie ist der Schritt von der Theorie der Reproduktion zur Theorie der Wirtschaftlichkeit.

Das nutzentheoretische Element ist somit ein logisch notwendiger Bestandteil jeder Allokationstheorie. Die gängige Kritik an den fragwürdigen sozialpsychologischen Grundlagen der Nutzentheorie, wie der Konsumentensouveränität, ist in gleicher Weise sekundär wie die an der Zirkularität des Nutzenbegriffs. Das Grenznutzenkalkül ist ein heuristisches Prinzip, das als Ausgangspunkt für spezielle Nachfragetheorien unfruchtbar sein mag, dessen Relevanz für die Formulierung ökonomischer Logik davon aber nicht berührt wird.

5. Die Formel, daß im Gleichgewicht das Verhältnis der Grenznutzen (Gebrauchswerte) ihrem Preis-(Tauschwert-)verhältnis entspricht, stellt die logische Grundlage der Allokationstheorie dar, da ein rationaler Mitteleinsatz als Kriterium optimaler Bedürfnisbefriedigung daran gebunden ist, daß die stoffliche und wertmäßige Seite des Produktions- und Tauschprozesses im Einklang stehen. Eine solche Effizienztheorie bedeutet einen radikalen Bruch mit klassischem Denken. Da die klassische Ökonomie die Tauschwertbildung von der Gebrauchswertseite trennte, konnte sie ihren Begriff des Wirtschaftens nicht an ein Wirtschaftlichkeitsprinzip, sondern nur an Subsistenz- oder Reproduktionsvorstellungen binden, wie beispielsweise in der Lohntheorie.

Zwar lieferte die Klassik, allen voran *Adam Smith*, eine Theorie des Wohlstands, die sich auf Arbeitsteilung und Akkumulation stützte; aber

<sup>4</sup> Daß vor allem die Vorläufer der Neoklassik, wie *Gossen*, aber auch ihre Begründer, insbesondere *Jevons* und *Menger*, in der nutzentheoretischen Fassung der Preistheorie den revolutionären Gehalt sahen, wird durch die Frontstellung gegen die klassische Lösung des Preisproblems erklärbar.

Wohlstand wurde nicht an den wirtschaftlichen Einsatz der Faktoren gebunden. Dadurch blieb die klassische Ökonomie widersprüchlich, da einerseits das *laissez-faire*-Prinzip maximalen Wohlstand garantieren sollte, andererseits aber der Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft den Lohn auf dem Existenzminimum hielt. Als Folge liefen Werttheorie und *laissez-faire*-Doktrin nebeneinander her.

Anders ausgedrückt: Die Klassik konnte lediglich konstatieren, daß der *sacro egoismo* der Wirtschaftenden zu größtmöglichem Wohlstand führt, nicht aber zeigen, unter welchen Bedingungen dies geschieht. Dieses Dilemma war mit dem Instrumentarium, das der Klassik zur Verfügung stand, nicht aufhebbar; deshalb stellt erst die Neoklassik dadurch, daß sie an die Stelle der klassischen Reproduktionsvorstellung die Bedürfnisbefriedigung als Rationalprinzip setzt, die Verbindung von Werttheorie und liberaler Doktrin her.

### III.

6. Allokations- und Preistheorie machen Glanz und Elend der neoklassischen Ökonomie aus. Beide sind zu unterscheiden, obwohl die Preistheorie, formal gesehen, Teil der Allokationstheorie ist. Aber während die Allokationstheorie die Bedingungen aufzeigt, unter denen ein sozialökonomisches Optimum erreichbar ist und damit Entscheidungstheorie *par excellence* ist, zielt die Preistheorie auf eine Erklärung der Preisbildung und hat dabei sozialökonomische Rahmenbedingungen, wie die Existenz eines Marktes, zu berücksichtigen. Die Allokationstheorie liefert damit das, was man gemeinhin als Instrumentarium der ökonomischen Theorie bezeichnet; die Preistheorie intendiert eine Erklärung der sozialökonomischen Realität.

Aber damit wird nicht jene Dichotomie von Entscheidungslogik und Marktsoziologie apostrophiert, die die analytische Wissenschaftstheorie so vehement betont. Vielmehr geht es darum, daß Notwendigkeiten der Theoriebildung — in diesem Fall: sozialökonomisch bestimmte Notwendigkeiten — die Wahl der Kategorien präjudizieren. Während die Rahmenbedingungen des neoklassischen Modells — vorgegebene Ressourcen, Produktionsmöglichkeiten und Nutzenvorstellungen — eine Allokationstheorie begründen, kann eine Preistheorie nur diejenigen Ressourcen als Daten betrachten, die originäre Produktionsfaktoren, wie Arbeit und Boden, sind<sup>5</sup>. Alle Ressourcen dagegen, die produzierte Pro-

<sup>5</sup> Daß sich auch Bedürfnisstruktur, Produktionsbedingungen und Bestand an originären Produktionsfaktoren ökonomisch erklären lassen, ist selbstverständlich; daß die Neoklassik sie als Parameter betrachtet, stellt die Möglichkeit einer neoklassischen Entwicklungstheorie infrage, ist für eine Preistheorie jedoch nicht von Belang. Deshalb ist es auch überflüssig, hier auf die Diskussion einzugehen, ob Produktionsfaktoren überhaupt originär sein können — eine Diskussion, die vor allem in den 30er Jahren durch die Kritik *Knights* an der



duktionsmittel sind, kann eine Preistheorie nicht einfach als gegeben hinnehmen, da sie Ergebnisse von Produktionsprozessen früherer Perioden sind, ein Umstand, der für eine Allokationstheorie, die sich für die Bedingungen effizienter Produktion einer abgeschlossenen Periode interessiert, gleichgültig ist.

Damit gerät die neoklassische Preistheorie in ein Dilemma, das sie bis heute nicht überwunden hat. Von der Funktion im Produktionsprozeß her gesehen müssen originäre und produzierte Produktionsmittel gleich behandelt werden. Davon ging *Walras* aus, der folgerichtig von einer unbestimmten Zahl von Produktionsmitteln spricht, deren Dreiteilung in Arbeit, Boden und Kapital nur illustrative Bedeutung hat. Von der Einkommensbildung her gesehen müssen dagegen produzierte Produktionsmittel anders als originäre behandelt werden, da die Preise der Gleichgewichtslösung<sup>6</sup> lediglich bei letzteren Reineinkommen<sup>7</sup> darstellen, bei ersteren dagegen Bruttogrößen sind, die sich aus Reproduktionskosten und dem Reineinkommen<sup>8</sup> zusammensetzen<sup>9</sup>.

Das Dilemma existiert deshalb, weil sich die Preistheorie, die sich auf *Walras* beruft, auf eine abgeschlossene Periode bezieht, in die — durch die Vorgabe produzierter Produktionsmittel — Einkommenselemente früherer Perioden eingehen und sich mit Einkommenselementen der laufenden Periode vermischen. Der Ausweg, die vorgegebenen produzierten Produktionsmittel als dasjenige Angebot zu interpretieren, das ein sich stetig erneuerndes Gleichgewicht gewährleistet und entsprechend die Bruttopreise als Einkommen früherer Perioden zu betrachten, ist verschlossen, weil damit die vorgegebenen Ressourcen ihren Daten-

---

österreichischen Variante der Marginaltheorie angeregt wurde. Zur Auseinandersetzung von *Knight* mit der österreichischen Kapitaltheorie siehe *Kaldor* (1960), S. 153 ff., insbesondere S. 174 f.

<sup>6</sup> Sie entsprechen den Schattenpreisen der Aktivitätsanalyse.

<sup>7</sup> Das trifft in der neoklassischen Theorie neben Boden vor allem auf Arbeit zu. Der prinzipielle Unterschied zur klassischen Lohntheorie, für die der Lohn durch die Reproduktionskosten der Arbeit bestimmt wurde, wird deutlich. Die neoklassische Lohntheorie geht implizit genau wie die Konsumtheorie, für die es die Literatur stärker expliziert, von der Egalität der Wirtschaftenden aus, wenn sie den Lohn nachfragetheoretisch erklärt. Auch in diesem Punkt bestand in der klassischen Ökonomie eine Inkonsistenz zwischen Harmoniedoktrin und Werttheorie, die es *Marx* erlaubte, seine Ausbeutungstheorie als logische Konsequenz klassischen Denkens zu präsentieren. Denn die sozialökonomische Implikation der Reproduktionskostentheorie liegt darin, daß der Unternehmer über die Faktoren nicht nur im Produktionsprozeß verfügt, sondern auch ihre Erhaltung kalkuliert. Die klassische Lohntheorie impliziert deshalb, werttheoretisch gesehen, eine Sklavenwirtschaft.

<sup>8</sup> In diesem Zusammenhang interessiert noch nicht, ob es sich beim Reineinkommen um Profit oder Quasirente handelt.

<sup>9</sup> Das Primal des walrasianischen Modells ergibt den Bruttoproduktionswert, das Dual somit nicht allein Reineinkommen, sondern darüber hinaus bewertete Vorleistungen an. Das verwischt *Walras* durch sein Konzept der ‚produktiven Dienste‘.



charakter verlieren. Denn nur wenn die Ressourcen eine Höhe aufweisen, die nicht unbedingt der Parameterkonstellation der laufenden Periode entspricht<sup>10</sup>, lassen sie sich als Daten des Modells deuten. Kein methodischer Kunstgriff darf die Möglichkeit einer Knappheitsrente, die in der laufenden Periode je nach Höhe des Angebots anfällt, ausschalten. An dem Umstand, daß die neoklassische Theorie nur die Allokationslösung einer in sich abgeschlossenen Periode, nicht aber das Modell einer langfristig stabilen, sich stetig reproduzierenden Wirtschaft liefert, läßt sich nicht rütteln.

7. Als zweites muß sich die Preistheorie gegenüber einer bloßen Allokationstheorie durch die Erklärung des Profits bewähren. In der Allokationstheorie fallen Preise („Schattenpreise“) mit der Mengenlösung automatisch an; die Aufgabe der Preistheorie besteht dann darin zu klären, ob es sich bei diesen Preisen um Reineinkommen oder Vorleistungen handelt. Dabei wirft die Bestimmung des Reineinkommens ‚Profit‘ schwierige theoretische Probleme deshalb auf, weil der Marktmechanismus das Kapital, also bewertete Produktionsmittel, zur Bezugsgröße des Profits werden läßt und damit die Allokationstheorie, die Produktionsmittel in ihrer stofflichen Form bewertet, für eine Preis-Profit-Theorie untauglich macht.

Die Schwäche des allgemeinen Gleichgewichtsmodells liegt auch hier in seinem Bezug auf eine in sich abgeschlossene Periode. Denn alle von der klassischen Ökonomie bis in die heutige Zeit präsentierten Erklärungsversuche des Profits zeigen, soweit sie ernstzunehmen sind, daß eine Profittheorie ohne die explizite Berücksichtigung des Zeitfaktors, insbesondere der Produktionsdauer, nicht zu fassen ist<sup>11</sup>. Ein Profit oder ein Kapitalzins, der den Kapitalbesitzern als Reineinkommen zufließt,

<sup>10</sup> Das walrasianische Gleichgewichtsmodell wird in diesem Zusammenhang ohne Berücksichtigung der über den Zinssatz gesteuerten Aufteilung des Produktionsergebnisses in Kapital- und Konsumgüter interpretiert. Aber auch wenn man die Kapitalgüterproduktion der laufenden Periode als Anfangsbestände produzierbarer Produktionsmittel der folgenden Periode definiert, verlieren diese Anfangsbestände offensichtlich ihren Datencharakter.

<sup>11</sup> Dabei kann es in diesem Zusammenhang gleichgültig sein, ob die Profitrate (die im Gleichgewicht mit dem Kapitalzins identisch ist) auf Abstinenz (*Senior*), auf Ausbeutung (*Marx*), auf die Minderschätzung künftiger Bedürfnisse (*Böhm-Bawerk*) oder auf Warten (*Marshall*) zurückgeführt wird. Eine logische Fehlleistung stellt allerdings die Theorie *Clarks*, der die Wertgröße Kapital behandelt, als ob sie eine physische Menge sei und den Zins dann direkt als Grenzproduktivität des Kapitals erklärt, dar — eine ungeachtet ihrer Fragwürdigkeit wegen ihrer formalen Bequemlichkeit gern übernommene Auffassung, wie sich an der auch heute noch durchwegs verwendeten sogenannten neoklassischen Produktionsfunktion zeigt.

*Schumpeter* verfällt dagegen ins andere Extrem, wenn er den Zins nicht allein von der Produktionsdauer, sondern zusätzlich von ökonomischer Dynamik abhängig macht. Aber seine Position hat allzu sehr spekulativen Charakter, als daß sie als allgemeingültig akzeptierbar wäre.

existiert, weil die Produktion Zeit erfordert. Nur auf dieser Grundlage läßt sich der Kapitalbegriff ableiten<sup>12</sup>.

Aber eine derartige Kapitaltheorie war mit dem formalen Aufbau des allgemeinen Gleichgewichtsmodells unvereinbar; *Walras* lieferte lediglich eine Allokationstheorie, aber keine Preis-Profit-Theorie, wenn er den Kapitalzins wie Lohn und Bodenrente behandelte; innerhalb der österreichischen Schule vertrat *Wieser* eine ähnliche Position<sup>13</sup>, während *Böhm-Bawerk* die Theorie der Minderschätzung künftiger Bedürfnisse außerhalb des Gleichgewichtsmodells konzipierte. Damit ignorierte die Neoklassik durchweg den Einfluß des Profits auf Preisstruktur und Güterverteilung; umgekehrt konnte die Allokationstheorie die Preise für produzierte Produktionsmittel lediglich als Reproduktionskosten und als Knappheitsrente interpretieren. Das neoklassische Modell zeigt somit keineswegs, daß im Gleichgewicht der Profit verschwindet<sup>14</sup>; es erfaßt ihn vielmehr überhaupt nicht als eigenständige Kategorie und kann daher seinen Einfluß auf die Preisstruktur auch nicht berücksichtigen, weil

<sup>12</sup> Vgl. dazu *Kaldor* (1960), S. 189.

<sup>13</sup> *Wieser* hatte durchaus gesehen, daß für produzierte Produktionsmittel eine (wenn auch für langfristig stabil gehaltene) Gleichgewichtslösung Bruttopreise liefert, meinte aber irrigerweise, daß sie neben den Reproduktionskosten auch ein Reineinkommen Profit aufweisen, was, worauf innerhalb der österreichischen Schule *Böhm-Bawerk* und *Schumpeter* hingewiesen haben, unter Konkurrenzbedingungen nicht möglich ist. *Walras'* Annahme, daß die Haushalte Besitzer von Produktionsmitteln sind, die sie den Unternehmern zu „produktiven Diensten“ anbieten und dafür ein Entgelt erhalten, läßt sich, wie bereits erörtert, nicht angemessen auf die produzierten Produktionsmittel, die bei *Walras* als Kapitalnutzungsmengen bezeichnet werden, übertragen. Einmal verlangt sein Bruttoproduktionskonzept die Berücksichtigung direkt verbrauchter Produktionsmittel, die nicht nur „genutzt“ werden. Aber selbst dort, wo sinnvoll mit der Kategorie „Verkauf von Nutzungen“ gearbeitet werden kann, hat diese Kategorie eine eindeutige ökonomische Bedeutung nur bei originären Produktionsfaktoren, bei denen die entsprechenden Einkommen Reineinkommen sind. Bei dauerhaften, aber produzierten Produktionsmitteln bleibt offen, was das eigentlich für ein Einkommen ist, das die „Kapitalnutzung“ schafft: ob es der Reproduktion dient, den Kapitalbesitzern als Reineinkommen zufließt oder ob beides geschieht. Man sieht, daß *Walras'* Konzept der „produktiven Dienste“ bei näherem Hinsehen wenig präzise ist. Ökonomisch einwandfrei wäre es allein, die Produktionsmittel so zu definieren, wie sie in den Produktionsprozeß eingehen: bei dauerhaften Produktionsmitteln nicht die produzierten Produktionsmittel insgesamt, sondern nur ihr Verschleiß, dessen Bewertung dann die Abschreibung definiert; entsprechend würden durch die Bewertung der direkt verbrauchten Produktionsmittel die Vorleistungen definiert. Eine angemessene Allokationstheorie kann somit durchaus auf das walrasianische Nutzenkonzept verzichten. In keinem Fall aber ist auf diese Weise die Ableitung eines Reineinkommens Profit, das sich darauf gründet, daß Kapital im Einkommensbildungsprozeß eine Rolle spielt, möglich. Eine angemessene Preistheorie bleibt weiterhin ein Desiderat. Vgl. dazu auch *Blaug* (1962), S. 531 f.; *Schumpeter* (1954), S. 998 ff., insbesondere S. 1001 n.

<sup>14</sup> Verschwinden tut selbstverständlich der keinem Produktionsfaktor, auch nicht der Produktionsdauer, zuzuordnende Gewinn. In diesem Sinne ist *Walras'* Sentenz von „*Entrepreneur ne faisant ni bénéfice ne perte*“ unangreifbar.

es außerstande ist, bewerteten produzierten Produktionsmitteln, also Kapital, ein Reineinkommen zuzuordnen.

8. Die neoklassische Preistheorie scheitert in zweifacher Hinsicht an der unangemessenen Berücksichtigung der produzierten Produktionsmittel: zum einen, weil sie keine auf Mengeneinheiten bezogene Theorie des Angebots, zum anderen, weil sie keine auf Werte bezogene Theorie der Einkommensbildung liefern kann.

Beide Male liegt die theoretische Schwäche in der mangelnden Berücksichtigung des Zeitfaktors: das ein Mal wird der Einfluß der Produktionsmenge, das andere Mal der des Produktionswertes vergangener Perioden für die Einkommensbildung der laufenden Periode unangemessen erfaßt. Das eine Mal schlägt sich dies in kurzfristigen Knappheitsrenten, das andere Mal im Nichterfassen des Profits nieder.

Die Substitution des Profits durch die Knappheitsrente kann jedoch lediglich eine Preistheorie begründen, die ein kurzfristig stabiles Gleichgewicht involviert. Dies hat vielleicht am deutlichsten *Marshall* gesehen, der in seiner partialanalytisch konzipierten Preistheorie den Begriff der Quasirente verwendet. Auch *Marshall's* Definition des kurzfristigen Gleichgewichts, bei der die Produktion durch (1) die Nachfrage, (2) einen konstanten Kapitalstock und (3) die Kräfte, die die Bereitstellung von Produktionsmitteln innerhalb der beobachteten Periode ermöglichen, bestimmt wird<sup>15</sup>, ist angemessen. *Marshall* erweist sich entgegen einer weitverbreiteten Meinung, die ihn als Synthetiker von klassischer und neoklassischer Ökonomie einstuft, als derjenige Theoretiker, der das walrasianische Modell am angemessensten zu einer Preistheorie verarbeitet hat.

#### IV.

9. Damit zeigt sich, daß die neoklassische Ökonomie eine Allokationstheorie liefert, die eine kurzfristig orientierte Preistheorie begründet. Auch wenn die neoklassische Ökonomie das Preis-Profit-Problem als ungelöst hinterläßt, stellt sie durch die Bereitstellung eines Instrumentariums, das eine simultane Bestimmung von Preisstruktur und Güterverteilung erlaubt, dennoch eine eminente theoriegeschichtliche Leistung dar. Denn durch die Formulierung einer Interdependenz der Handlungen der Wirtschaftssubjekte von der Wertbildung werden die Grundlagen zu einer Theorie wirtschaftlicher Handlungen gelegt.

Die klassische Ökonomie lieferte demgegenüber nur eine rudimentäre Handlungstheorie, da für sie die Wertbildung auf objektiven Gegebenheiten wie Arbeitsteilung, Reproduktionserfordernissen und Knappheit an Boden beruht. Handlungen der Wirtschaftssubjekte haben höchstens

<sup>15</sup> *Hicks* (1965), S. 51 f.



eine Korrekturfunktion, wie z. B. bei *Adam Smith*, der die Marktpreise um die ‚natürlichen‘ Preise schwanken läßt. Daneben wird ein Hang zum Tausch unterstellt, der als Bindeglied zwischen Theorie der Arbeitsteilung und Tauschtheorie figuriert.

Diese Handlungstheorie ist Ausfluß der Trennung der Tauschwertbildung von der Gebrauchswertseite, die ausschließt, daß Reaktionen der Wirtschaftssubjekte, die auf Gebrauchswertänderungen beruhen, einen Einfluß auf die Wertbildung haben. Das gilt sowohl für die Nachfrage der Haushalte nach Konsumgütern als auch der Unternehmer nach Arbeit<sup>16</sup>. In diesem Sinne liefert die klassische Ökonomie in der Tat eine objektive Wertlehre.

10. Für die neoklassische Ökonomie ist dagegen die Preisbildung das Resultat des Zusammenspiels von Planungen der Unternehmer und Haushalte. Im Unterschied zur klassischen Ökonomie können kollektive Änderungen der Nutzenvorstellungen und der Ressourcen die Wertbildung und damit die Preisstruktur beeinflussen; deshalb hat sich nur das einzelne Wirtschaftssubjekt den Marktgegebenheiten anzupassen. Das macht den subjektiven Charakter der Wertlehre aus.

Zugleich wird die Preistheorie, die in der klassischen Ökonomie bloße Tauschtheorie war, zu einer Theorie des Marktmechanismus erweitert<sup>17</sup>. Sicherlich sind dem walrasianischen Gleichgewichtsmodell und überhaupt allen Modellen, die auf der Grundlage relativer Preise verfahren, Grenzen der Erfassung dynamischer Prozesse gesetzt, da sie Geld bestenfalls als ein Transaktionsmittel („als ein Gut, das das Preisniveau fixiert“), nicht aber als Transmissionsriemen zwischen Märkten („als ein Gut, das auf allen Märkten gehandelt wird“)<sup>18</sup> analysieren. *Keynes* und seine Nachfolger aber bleiben, obwohl sie diese Grenzen überwunden haben, der Neoklassik verpflichtet. Denn gerade eine Analyse von Marktprozessen in Ungleichgewichtssituationen setzt die Formulierung einer Abhängigkeit der Preisbildung von Handlungen der Wirtschaftssubjekte voraus. Insofern ist der theoriegeschichtliche Bruch zwischen klassischer und neoklassischer Ökonomie auch für die Theorie eines *Keynes* konstitutiv.

Vor allem aber vermochte erst die Neoklassik eine Marktformentheorie zu entwickeln, die die Existenzbedingungen und Allokationswirkungen unterschiedlicher Verhaltensweisen untersucht, während die klassische Ökonomie, unfähig zur Handlungstheorie, Marktformen, die nicht dem Konkurrenzideal entsprechen, lediglich als unnatürliche Abweichun-

<sup>16</sup> Temporäre Abweichungen, zu denen auch die konjunkturellen zu rechnen sind, sind in diesem Zusammenhang nicht gemeint.

<sup>17</sup> Siehe dazu auch Art. Preis II (*W. Kromphardt*), Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 8, S. 479.

<sup>18</sup> *Leijonhufvud* (1973), S. 80.



gen von der laissez-faire-Norm zu interpretieren wußte. Auch in diesem Punkt bleibt die übliche Kritik an der Neoklassik oberflächlich: Fern davon, an die Bedingungen der vollkommenen Konkurrenz gebunden zu sein, hat sie im Gegenteil erst die Voraussetzungen der Überwindung des Konkurrenzmodells geschaffen.

11. Damit wird noch einmal deutlich, daß ungeachtet des gemeinsamen liberalen Credos von klassischer und neoklassischer Ökonomie dennoch beide eine erheblich unterschiedliche Handlungstheorie aufweisen. Was für die Neoklassik Summation vieler Einzelhandlungen ist, bleibt für die Klassik objektive und damit notwendige Bedingung des Wirtschaftens. Für die Neoklassik handeln die Wirtschaftssubjekte gemäß ihren Wünschen; objektive Gegebenheiten, die das Datensystem des Modells ausmachen, begrenzen sie. Für die Klassik gibt es keine individuellen Wünsche, die für den Tauschprozeß grundlegend wären — bereits beim Tausch von Biber und Hirsch spielen sie keine Rolle. Selbst der *sacro egoismo*, der bezeichnenderweise nur dem Unternehmer rät, sich den Marktgegebenheiten anzupassen, ist eher ein zwanghaftes Verhaltensprinzip als ein genuines Handlungsprinzip. Für die Neoklassik führen dagegen die *selbständigen* Reaktionen der Wirtschaftssubjekte zu einem sozialökonomischen Optimum. Das politische Credo der Neoklassik besteht somit in einer Elastizität der sozialökonomischen Beziehungen.

Selbstverständlich hängen historische Legitimation wie formale Gültigkeit der Neoklassik vom Realismus dieses Credos ab. Auch die Annahme einer Elastizität sozialökonomischer Beziehungen gilt nur für kurzfristige Marktprozesse; deshalb bleibt es illegitim, der neoklassischen Ökonomie vorzuwerfen, die Stabilität von evolutorischen Prozessen oder gar von Gesellschaftssystemen zu unterstellen.

Ihre historische Legitimation erhält die Neoklassik dadurch, daß das Preissystem in der Lage ist, materielle Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen. Das trifft heute für die westlichen Industriestaaten sicherlich für die kurze Periode zu. Man muß also in diesem Zusammenhang nicht die Frage bemühen, ob die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen sei. Darüber sagt die neoklassische Theorie nichts; ihre Inhalte widersprechen einer solchen These aber auch nicht. Ihre Legitimationsgrundlage ist weit banaler: sie hängt daran, daß der Marktmechanismus dazu führt, daß das Wirtschaftssubjekt für sein durch das Angebot an Arbeit erzielter Einkommen Brot, Stecknadeln und, falls dieses Einkommen ausreicht, auch ein Auto kaufen kann. Nicht zufällig hat die Neoklassik in den 30er Jahren, als das Preissystem auf dem Arbeitsmarkt versagte, ihr Waterloo erlebt. Aber es unterstreicht ihre politische Relevanz, daß sie sich mit der Rekonstitution des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg erholte, auch wenn sie, vom Keynesianismus hart bedrängt, die alte, unangefochtene Stellung nicht wieder erreichte.

## V.

12. Die Abhandlung hat damit einen Punkt erreicht, der es erlaubt, die zeitgenössischen Ausformungen der neoklassischen Ökonomie auf ihre kategoriale Angemessenheit hin zu überprüfen. Grundlage der Analyse wird dabei die Einschätzung der Neoklassik (1) als eine Allokationstheorie, die eine kurzfristig orientierte Preistheorie ermöglicht und (2) als eine Handlungstheorie, die einen Einfluß der Entscheidungen einzelner Wirtschaftssubjekte — insbesondere der Haushalte und Unternehmer — auf die Wertbildung konstituiert, sein.

Das bedeutet nicht, daß nur diejenigen Bereiche der neoklassischen Theorie, die sich direkt auf *Walras* berufen können, der folgenden Analyse standhalten; vielmehr wird sich zeigen, daß es der ökonomischen Theorie durchaus gelungen ist, den neoklassischen Kategorienapparat angemessen weiterzuentwickeln. Das läßt sich sowohl für die Preistheorie als auch für die Spieltheorie nachweisen. In diesen Fällen werden der hohe Abstraktionsgrad und formale Schwächen des allgemeinen Gleichgewichtsmodells überwunden, ohne daß seine allokations- und handlungstheoretischen Fundamente infragegestellt werden. Wenn dagegen die ökonomische Theorie das neoklassische Instrumentarium auf Erkenntnisobjekte anwendet, die diesen Fundamenten widersprechen, muß die entsprechende ökonomische Theorie als unangemessen angesehen werden. Das läßt sich sowohl für die Wohlfahrtsökonomie als auch für die Wachstumstheorie nachweisen.

## VI.

13. Da zumindest die Begründer der neoklassischen Ökonomie die Deduktion einer Preistheorie anstrebten, konnte die vorangegangene Analyse nicht umhin, auch die preistheoretischen Grundlagen der Neoklassik zu untersuchen. Deshalb können sich die folgenden Ausführungen weitgehend mit einer resümierenden und ergänzenden Analyse begnügen.

Der Umstand, daß nicht nur die originären, sondern auch die produzierten Produktionsmittel als Daten in das Gleichgewichtsmodell eingehen, erlaubt es einer neoklassischen Preistheorie lediglich, die Preisbildung in der kurzen Periode zu erklären. Die ihr gemäße Gewinnkategorie ist die Knappheitsrente, nicht der Profit. Der Unfähigkeit, eine Preistheorie zu kreieren, in der Kapital als Einkommensquelle figuriert, entspricht das Unvermögen, eine Theorie der Einkommensverteilung zu liefern. Denn eine Theorie der Einkommensverteilung muß eine Theorie der Reineinkommensbildung sein, bei der temporäre Renten verschwinden. Die duale Lösung des walrasianischen Gleichgewichtsmodells aber gibt ein Bruttoeinkommen an, das sich aus Lohneinkommen, Bodenrente,

der Knappheitsrente für reproduzierbare Produktionsmittel und den Reproduktionskosten zusammensetzt, und liefert damit eine Theorie des Einkommensmischmasch, die zwar die Einkommensbildung in der kurzen Periode reflektiert, aber nichts über die Mechanismen der Verteilung des Einkommens auf Arbeit und Kapital aussagt.

14. Es ist vielleicht kein Zufall, daß der aus der spätklassischen Schule kommende *Marshall* und kein ausgesprochener Neoklassiker eine spezifische Preistheorie zu begründen vermochte, die den fragwürdigen Implikationen des allgemeinen Gleichgewichtsmodells entging. Vor allem seine Methode, eine Analyse von Angebots- und Nachfragefigurationen auf Einzelmärkten („small industry“) vorzunehmen, erwies sich als äußerst fruchtbar. Denn die Preistheorie aus der Sicht des einzelnen Wirtschaftssubjekts — vor allem des Unternehmers, aber auch des Anbieters an Arbeitskraft — zu konzipieren, erlaubt es, eine genaue begriffliche Klärung von Profit und Quasirente vorzunehmen, ohne sich um eine (makroanalytisch fundierte) Erklärung der Entstehung des Profits zu bemühen. *Marshall*s Vorsicht, die Quasirente als kurzfristiges Phänomen zu interpretieren, es aber für möglich zu halten, daß sie langfristig gesehen mit dem Profit zusammenfällt<sup>19</sup>, ist dafür typisch.

Sein Verdienst kann deshalb nicht hoch genug bewertet werden, weil allein diese oft als eklektisch gescholtene Art der Theoriebildung es verhinderte, die Preistheorie von den Bedingungen des allgemeinen Gleichgewichts her zu konzipieren und sie der Konfundation von kurzfristiger und langfristiger Analyse, von kurzfristig und langfristig stabilem Gleichgewicht und vor allem der Konfundation von Quasirente und Profit auszusetzen.

Auch die sich von *Marshall* her etablierenden Produktions- und Marktformentheorien, die vor allem die Diskussion der beginnenden 30er Jahre beherrschten, waren gerade als partialanalytische Theorien der kurzen Periode fruchtbar. Dafür bietet die Theorie der unvollkommenen Konkurrenz, die insbesondere mit dem Namen *Chamberlin* und *Robinson* verbunden ist, ein gutes Beispiel, weil sie die *Marshall*sche Theorie der *small industry* zu einer Theorie der Einzelfirma verfeinerte und damit das Instrumentarium noch stärker partialanalytisch orientierte<sup>20</sup>. Ebenso gab sie den Anspruch auf, etwas anderes als eine Theorie der kurzen Periode zu liefern<sup>21</sup>. Die kurzfristige Partialanalyse hatte damit jedoch ihre Möglichkeiten erschöpft, wie sich eindrücklich an *Keynes*' sich rasch durchsetzender makroökonomisch orientierter Beschäftigungstheorie zeigte.

<sup>19</sup> *Marshall* (1890), S. 493.

<sup>20</sup> *Kaldor* (1934), wiederabgedruckt in: *Kaldor* (1960), S. 34 ff.

<sup>21</sup> *Blaug* (1962), S. 376.

*Keynes* hatte damit nicht nur ein bedeutsames Kapitel Theoriegeschichte abgeschlossen, sondern auch die Grenzen jeder neoklassischen Preistheorie markiert. Denn der Preis, den *Marshall* dafür zahlte, eine methodisch angemessene Theorie zu liefern, war hoch: Dadurch, daß die Interdependenz von Teilmärkten ignoriert wurde, blieb der Weg zu einer Beschäftigungstheorie und damit zu einer Theorie zusammenhängender Wirtschaftsprozesse versperrt. Dennoch stellt *Marshall's* Partialanalyse gegenüber *Walras'* fragwürdigem Versuch, die *tâtonnements* als Instrument der dynamischen Analyse einzuführen<sup>22</sup>, die überzeugendere Leistung dar. *Marshall* und nicht *Walras* hat die Theorie von größerer Stringenz geliefert.

## VII.

15. Die Wohlfahrtsökonomie stellt deshalb eine wichtige Richtung zeitgenössischen neoklassischen Denkens dar, weil sie das individualistisch-entscheidungstheoretische Fundament der Neoklassik des 19. Jahrhunderts zu einer Theorie kollektiver Entscheidungen und damit zu einer Theorie der Wirtschaftspolitik zu erweitern sucht. Ihre Wurzeln liegen zum einen in dem Wohlstandsbegriff *Paretos*, der auf *Walras* aufbaute, zum anderen in der Produktionstheorie *Marshall's*; *Pigou*, der Begründer der ‚alten‘ Wohlfahrtsökonomie, hat in diesem Sinne eine Synthese von *Marshall* und *Pareto* geliefert<sup>23</sup>.

Die Theorie der externen Effekte bildet den Ausgangspunkt der Wohlfahrtsökonomie. Positive externe Effekte resultieren aus Abhängigkeiten zwischen einzelnen Unternehmen; sie treten dann auf, wenn die Erhöhung des *outputs* eines Unternehmens zu einer Verbilligung des *inputs* bei anderen Unternehmen führt<sup>24</sup>. Dieses Konzept stellt äußerst strenge Maßstäbe an das Auftreten von externen Effekten: sie müssen (1) Folge marginaler Änderungen sein, (2) reversibel sein, (3) sich auf die Produktionssphäre beschränken.

Die erste und zweite Begrenzung ergeben sich daraus, daß das neoklassische Modell keine Rückwirkungen der Variablen auf das Datensystem erfassen, sondern nur Marktbeziehungen definieren kann, die beim Auftreten externer Effekte über den Umweg des Datensystems stattfinden. Das aber trifft nur auf marginale und reversible Effekte zu; alle anderen werden Teil des Datensystems. Die dritte Begrenzung resultiert daraus, daß sich externe Effekte zwischen Unternehmen und

<sup>22</sup> *Solow* bezeichnet *Walras'* *tâtonnements* ausdrücklich als Schwindel. Siehe dazu *Leijonhufvud* (1973), S. 74.

<sup>23</sup> Vgl. dazu auch *Blaug* (1962), S. 362 ff. und S. 548 ff.

<sup>24</sup> Deshalb läßt sich in diesem Zusammenhang nur von externen Effekten des Einzelunternehmens sprechen; für die Industrie insgesamt handelt es sich um interne Effekte.



Konsumenten der Bewertung entziehen, während diejenigen zwischen Unternehmen vom Markt bewertet werden.

16. Darüber hinaus blieb die Begriffsbildung *Marshall's* partialanalytischem Konzept verhaftet. Mit einem impliziten Rekurs auf *Walras* und *Pareto* versuchte deshalb *Pigou* (1920), durch die Einführung des Begriffspaares ‚marginale soziales und marginale privates Nettoprodukt‘ (*marginal social and marginal private net product*), deren Einfluß auf das Volkseinkommen definiert wurde, eine gesamtwirtschaftliche Theorie externer Effekte und damit eine eigentliche Theorie ökonomischer Wohlfahrt zu konzipieren. Die Identität des Wertes des sozialen Grenzprodukts für alternative Verwendungsarten ist dabei das Kriterium dafür, daß ein maximales Volkseinkommen (*national dividend*) erreicht ist (ebd. S. 136), die Identität des Wertes von privatem und sozialem Grenzprodukt das Kriterium dafür, daß die durch das Selbstinteresse der Wirtschaftssubjekte gesteuerten Marktkräfte zu einem maximalen Volkseinkommen führen (ebd. S. 143, S. 172).

Der Schritt von einer Theorie der externen Effekte zu einer Theorie gesellschaftlicher Wohlfahrt besteht also darin, das Konzept, Beziehungen zwischen Teilmärkten zu analysieren, durch ein Konzept, das die Bedingungen gesellschaftlicher Wohlfahrt und ihrer Realisierung angibt, zu ersetzen. Dennoch geht der Fortschritt nicht über die begriffssystematische Ebene hinaus. Denn bei näherem Hinsehen zeigt sich, daß das *Pigousche* Konzept lediglich eine terminologische Verallgemeinerung enthält, ohne inhaltlich über *Marshall* hinauszukommen.

Zum einen suggeriert die Distinktion von privatem und sozialem Grenzprodukt die Möglichkeit, das soziale Grenzprodukt bewerten zu können. Aber für eine Bewertung der Abweichungen von der Rationalität des Marktprozesses muß auf das Preissystem des Marktes zurückgegriffen werden — ein Widerspruch, der nur dann nicht auftritt, wenn der Markt über den Umweg des Datensystems externe Effekte honoriert. Das aber rechtfertigt *Marshall's* Begrenzung der Analyse auf die Produktionsphäre. Produktionskosten jedoch, die Unternehmen der Allgemeinheit überlassen (wie Luft- und Wasserverschmutzung), können nicht bewertet werden, weil sie außerhalb der Marktprozesse auftreten.

Außerdem unterliegt *Pigous* wohlfahrtsökonomischer Anspruch der Gefahr, die Begrenzungen, die aus der Anwendung des Marginalprinzips resultieren, zu ignorieren. So führt *Pigou* selbst als Beispiele für Abweichungen von sozialer und privater Produktion Fälle an wie Slums, Ballungszentren, Invalidität, Frauen- und Kinderarbeit, Umweltverschmutzung und technologische Arbeitslosigkeit, die die Marginalbedingungen verletzen (*Blaug*, 1962, S. 550). Alle diese *diseconomies* gehören in den Datenkranz des Modells; ihre allokativen Wirkungen entziehen sich demzufolge einer neoklassischen Analyse.

Die Unangemessenheit von Kategorienapparat und Forschungsobjekt ist angesichts der politischen Relevanz von *diseconomies* besonders drückend. Um so mehr, als es sich dabei um Folgekosten des Produktionsprozesses handelt, die eine Allokationstheorie erfassen müßte. Aber das neoklassische Instrumentarium kann nichts zu einer Theorie sozialer Schäden und damit zu einer Strategie der Beseitigung dieser Schäden beitragen, da es nur zur Analyse kurzfristiger Marktprozesse taugt<sup>25</sup>. Die neoklassische Theorie der externen Effekte hat deshalb nur einen begrenzten Wirkungskreis: sie kann lediglich als Variante einer Monopoltheorie interpretiert werden, bei der Marktimperfectionen durch Rückwirkungen über das Datensystem auftreten. Das ist in etwa der Ansatz von *Marshall*, der damit den methodisch einzig legitimen Beitrag der Neoklassik zu einer Theorie der sozialen Folgewirkungen der Produktion geliefert hat.

*Pigou* dagegen hat lediglich Probleme formuliert. Dabei gebührt ihm sicherlich das Verdienst, den Mythos ins Wanken gebracht zu haben, daß das neoklassische Gleichgewichtsmodell Ausdruck des Ausgleichs gesellschaftlicher Interessen sei. Dazu genügte die Fiktion eines sozialen Grenzprodukts. Diese Fiktion aber reichte nicht aus, die neoklassische Theorie angemessen weiterzuentwickeln, weil *Pigou* auf eine wert- und handlungstheoretische Fundierung seines Konzepts verzichtete. Das Ergebnis war inhaltsleerer Formalismus anstelle einer Theorie der sozialen Wohlfahrt.

17. Das Scheitern der ‚alten‘ Wohlfahrtsökonomie hat die sich seit den 30er Jahren entwickelnde Wohlfahrtstheorie in die Isolation logischer Exerzitien getrieben. Die ‚neue‘ Wohlfahrtsökonomie weist dabei den Vorzug auf, keinen anderen Anspruch mehr zu erheben, als die formalen Beziehungen zwischen individueller und gesamtwirtschaftlicher Rationalität zu untersuchen. An die Stelle der Kritik des Marktmodells, die bei *Pigou* dominierte, tritt die Analyse der Beziehungen zwischen kollektiver Wahl und individuellen Präferenzen, zwischen politischen Zielen und den Bedürfnissen der Wirtschaftssubjekte (*Sen*, 1970, S. 1). Übrig blieb eine Wohlfahrtstheorie im allgemeinen Sinne: individuelle Präferenzen werden ohne Rekurs auf die Produktionssphäre untersucht, so daß Produktionsmöglichkeiten und Faktormengen aus der Theorie ver-

<sup>25</sup> Deshalb müssen auch Bestrebungen der jüngeren Forschungspraxis, wie z. B. in der Zertifikatsökonomie, die Allokationsmechanismen eines Marktes für Gebote und Verbote zu untersuchen, Bedenken erwecken. Denn das Spezifikum der neoklassischen Methodik, einen sozialökonomischen Bereich vorab zu definieren, dessen innere Allokationsprobleme dann untersucht werden, verführt in diesem Fall zu bloßer Raffinesse, da die Rückwirkungen der Allokation auf die Daten offensichtlich zu beachten sind. Das gilt z. B. für die Vorstellung, Geburtenregelung über einen Markt für Babyzertifikate betreiben zu können, die deshalb unsinnig ist, weil die Gesellschaft Sanktionen gegen eine Verweigerung der Bindung von Geburten an den Besitz von Zertifikaten kaum akzeptieren dürfte. Vgl. dazu *Frey* (1972), insbes. S. 100 ff.

schwinden; der Nutzenbegriff wird durch eine Präferenzordnung über Entscheidungsalternativen ersetzt, die nur noch den formalen Bedingungen der Transitivität, Reflexivität und Vollständigkeit genügen muß<sup>26</sup>, wobei angenommen wird, daß jedes Individuum über eine Präferenzordnung über individuelle und soziale Probleme verfügt. Das wohlfahrtstheoretische Problem besteht darin festzustellen, unter welchen Bedingungen die Existenz individueller Präferenzordnungen kollektive Entscheidungen ermöglicht. *Sen* beispielsweise untersucht ein weites Spektrum von Präferenzordnungssystemen, von einmütigen bis zu konfliktgeladenen, ebenso wie kollektive Entscheidungsmodelle, die auf Kompensationszahlungen, auf der teilweisen Verletzung von Präferenzordnungen, auf Mehrheitsentscheidungen u. a. m. beruhen.

Trotz ihres hohen Abstraktionsgrades und der Betonung formaler Elemente muß die Wohlfahrtstheorie als Ausfluß neoklassischen Denkens betrachtet werden. Theoriegeschichtlich gesehen entstand die Ableitung von Präferenzordnungen aus der Auseinandersetzung vor allem mit dem paretianischen Nutzenkonzept; die Verallgemeinerung dieses Ansatzes über ein bloßes Produktionsmodell hinaus kehrt die Intention der Neoklassik, das subjektive Element von Entscheidungen zu betonen, besonders hervor; entscheidend aber dürfte sein, daß die Formulierung eines Ordnungsgefüges das für die Neoklassik typische Wahlproblem, das die Anwendung der Maximierungsregel ermöglicht, enthält.

Die Kritik betont vor allem den mangelnden Realitätsgehalt der Prämissen wie die Autonomie der individuellen Präferenzen, die die Theorie tautologisiert. Aber diese positivistische Kritik vermag für sich genommen nicht zu überzeugen. Abstraktionen können durchaus legitim sein; erst wenn sie dem Erkenntnisobjekt unangemessen sind, lassen sie sich verwerfen. Dabei ist in diesem Fall davon auszugehen, daß die Wohlfahrtsökonomie eine kollektive Entscheidungstheorie intendiert, wobei sie jedoch vom neoklassischen Gleichgewichtsmodell die Bindung des sozialökonomischen Optimums an die Summation individueller Wohlfahrt übernimmt und kollektive Entscheidungen als Funktion individueller Präferenzen analysiert. Das aber bleibt nur dann angemessen, berührt nur dann nicht den Kern der Theorie, wenn die gegenteilige Abhängigkeit, d. h. die Beeinflussung individueller Präferenzen durch kollektive Entscheidungen, ausgeschlossen werden kann. Es ist jedoch schwer einsehbar, daß dies möglich ist. Präferenzen artikulieren sich in einem hohen Ausmaß innerhalb eines bestimmten sozialen und histori-

<sup>26</sup> Transitivität bedeutet, daß, wenn  $x$  mindestens so gut wie  $y$  und  $y$  mindestens so gut wie  $z$ ,  $x$  mindestens so gut wie  $z$  sein muß; Reflexivität, daß jedes andere  $x$  mindestens so gut als es selbst beurteilt wird; Vollständigkeit, daß für jede Alternative zwischen  $x$  und  $y$ ,  $x$  mindestens so gut wie  $y$  oder  $y$  mindestens so gut wie  $x$  ist. Vgl. dazu *Sen* (1970), S. 2 f.



schen Kontexts, der durchaus auch vom kollektiven Entscheidungsträger geprägt wird, der individuelle Präferenzen beeinflussen kann.

18. Handlungstheoretisch gesehen führt die präferenztheoretische Lösung der neoklassischen Wohlfahrtstheorie dazu, daß nur die Bedingungen kollektiver Entscheidungen untersucht werden, ohne daß ein Entscheidungsträger ableitbar wäre, der diese Bedingungen realisieren könnte. Denn dieser Entscheidungsträger wird gerade auch als formale Abstraktion zu einer *contradictio in adjecto*, weil er einerseits über alle Informationen über die Präferenzen der Wirtschaftssubjekte verfügen muß, um das sozialökonomische Optimum zu garantieren, andererseits aber gegenüber den Wirtschaftssubjekten keinen Informationsvorsprung haben darf, der ihm eine autonome Politik erlauben könnte. In der Fiktion eines ‚wohlmeinenden Diktators‘, der allein das sozialökonomische Optimum realisieren kann, drückt sich diese *contradictio* aus.

Die Fragwürdigkeit der Wohlfahrtstheorie liegt somit nicht darin, daß das Paretooptimum durch seine Bindung an das Nutzenkalkül des einzelnen Individuums einen allzu engen Entscheidungsspielraum begründet (und zur Etablierung von Kompensationskriterien zwingt), sondern darin, daß kein kollektiver Entscheidungsträger allein auf der Grundlage der Anwendung oder Verletzung des Pareto-Kriteriums operieren kann. Dahinter verbirgt sich der Umstand, daß die Kategorien des allgemeinen Gleichgewichtsmodells eine makroökonomische Fassung nicht zulassen.

Es zeigt sich, daß die Kategorien der Neoklassik keine kollektive Entscheidungstheorie begründen können. Die Neoklassik ist ein Produkt der liberalen Ökonomie und bleibt an diese gebunden. Die Wohlfahrtstheorie zerstört sogar ihre eigenen liberalen Grundlagen, wenn sie die Realisierung eines Optimalitätskriteriums, das auf einer Theorie individueller Entscheidungen beruht, deren Kompatibilität allein der Markt gewährleistet, einem Entscheidungsträger zuordnet, der nur der Staat sein kann.

Die Wohlfahrtstheorie verfängt sich in ihrem eigenen individualistischen Konzept. Eine liberale Theorie kann nur einen Staat begründen, dem der Schutz der Gesellschaftsordnung obliegt und der dann in Marktprozesse eingreift, wenn die Funktionsfähigkeit des Marktes, beispielsweise durch Monopolisierungen, bedroht ist. In solchen Fällen aber braucht eine Staatsintervention nicht an die Nichtverletzung individueller Präferenzen gebunden zu werden. Der klassische Liberalismus war folgerichtig, weil ihm das Prinzip des *laissez-faire* die Norm für die Erhaltung des konkurrenzwirtschaftlichen Systems, aber nicht für die Erhaltung der Präferenzen des einzelnen Individuums liefert. Das ist in der neoklassischen Wohlfahrtstheorie verloren gegangen. Im Gegensatz zum klassischen System wird kollektiven Entscheidungen keine prin-



zipielle Grenze mehr gesetzt; dafür bleibt die Sicherung individueller Präferenzen die nur schwer zu beachtende Maxime. Damit werden gegenüber dem klassischen System extreme Positionen bezogen. Die Wohlfahrtstheorie hat das für jede liberale Theorie charakteristische Spannungsverhältnis zwischen kollektiven und individuellen Entscheidungen ins Unerträgliche dichotomisiert. So stark dichotomisiert, daß die Einführung eines kollektiven Entscheidungsträgers unmöglich wird — oder in der Konsequenz einen Diktator hervorruft, weil einerseits der Entscheidungsträger ein Eigengewicht hat, das auf die individuellen Präferenzen zurückwirkt, andererseits ihm aber Kriterien für eine Machtbegrenzung fehlen.

Die Wohlfahrtstheorie scheitert daran, daß sie nicht erkennt, daß der Staat nicht allein Vollstrecker individueller Präferenzen sein kann, sondern immer auch eine systemstabilisierende Funktion hat. Begriffe wie Systemstabilisierung oder Herrschaft aber tauchen im Vokabular einer Wohlfahrtstheorie, die glaubt, sich mit der Kategorie einer Präferenzordnung begnügen zu können (sie bestenfalls noch auf den Staat überträgt), nicht auf. Als Konsequenz muß der Staat ignoriert werden, wodurch dann kollektive Entscheidungen, bar jeden Vollzugsorgans, in der dünnen Luft unverbindlicher Reflexionen angesiedelt werden.

Die Verteidiger der Wohlfahrtstheorie pflegen allerdings *e contrario* zu argumentieren, damit nämlich, daß eine Entscheidungstheorie, die nicht auf der Unverletzbarkeit individueller Präferenzen beruhe, unterstellen müsse, daß die Gesellschaft eine eigene Personalität mit autonomer Präferenzstruktur habe (Sen, 1970, S. 1). Aber eine solche Argumentation ist nicht schlüssig. Sie zeigt nur, daß diese Verfechter der Wohlfahrtstheorie auch Alternativen nur in präferenztheoretischen Kategorien fassen können und als Folge Gesellschaft oder Staat personalisieren — mit der Konsequenz, daß neben dem atomistischen Individuum nur noch der Diktator als Entscheidungsträger fungieren kann.

19. Damit kann das Resümee dieser Ausführungen gezogen werden. Die Analyse hat gezeigt, daß sich ‚alte‘ wie ‚neue‘ Wohlfahrtsökonomie nicht prinzipiell unterscheiden. Beiden fehlt der Bewertungsmaßstab für soziale Phänomene, weil sie ein auf selbständigen individuellen Entscheidungen beruhendes Wertsystem zur Grundlage staatlicher Entscheidungen machen. Das trifft für Pigou zu, dessen Konzept eines sozialen Grenzprodukts von offensichtlich normativem Gehalt ist und dennoch inhaltsleer bleibt. Die ‚neue‘ Wohlfahrtsökonomie hat gegenüber Pigou lediglich eine höhere formale Stringenz erreicht, indem sie an die Stelle eines metaphorischen Sozialproduktskonzepts exakte Präferenzkriterien setzte. Inhaltlich ist sie keinen Schritt weitergekommen.

Beide scheitern nicht etwa, weil sich Werturteile nicht vermeiden lassen, sondern weil sie von inadäquaten ausgehen; sie scheitern nicht, weil

die Beziehungen zwischen individuellen und kollektiven Entscheidungen zu kompliziert sind, sondern weil diese Beziehungen ihnen den Maßstab für politische Entscheidungen liefern. Beide scheitern an der Unangemessenheit von Kategorienapparat und Forschungsobjekt, indem sie das individualistisch-präferenztheoretisch orientierte Instrumentarium der neoklassischen Theorie als Grundlage der Analyse gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse wählen.

## VIII.

20. Auch die Spieltheorie hat ihre Wurzeln in der Kritik am allgemeinen Gleichgewichtsmodell. *Morgenstern*, einer der Begründer der Spieltheorie, hatte bereits Mitte der 30er Jahre auf den logischen Widerspruch hingewiesen, den die Annahme vollkommener Konkurrenz dadurch enthält, daß die Handlungen der Wirtschaftssubjekte und damit die Gleichgewichtssituation bestimmt sein müssen, bevor sie durch das Zusammenspiel der Wirtschaftssubjekte, das sich im Gleichgewicht manifestiert, überhaupt bestimmt sein können<sup>27</sup>. Die Spieltheorie hat an die Stelle des implizit entscheidungstheoretischen Gleichgewichts die explizit entscheidungstheoretische Spiellösung gesetzt; die Annahme vollkommener Konkurrenz wurde durch die Möglichkeit von Koalitionsbildungen erweitert, die Annahme vollkommener Voraussicht als „Kontrolle des Spielers über alle Variablen, von denen das Ergebnis abhängt“<sup>28</sup>, interpretiert.

Die Spieltheorie erhält ihre Bedeutung dadurch, daß sie Konflikte, Kämpfe und Koalitionen zu Elementen des ökonomischen Kalküls macht. Damit wird die Fiktion des isolierten Wirtschaftssubjekts, das nur über den Markt mit anderen kommuniziert, überwunden<sup>29</sup>. Das erweitert zugleich den Begriff der ökonomischen Rationalität. Denn eine Situation, in der einige Variable von einem, andere von anderen Marktteilnehmern kontrolliert werden, das Ergebnis aber von allen Variablen abhängt, läßt sich nicht mehr als Maximierungsproblem formulieren; eine adäquate Methode liefern dagegen die Spiele der Strategie<sup>30</sup>.

Aber dieser entscheidungstheoretischen Generalisierung steht eine extreme Spezialisierung gegenüber. Denn die Spieltheorie verzichtet auf eine Theorie der Produktion und damit auf eine Theorie der Güterpreisstruktur; es werden nurmehr die Mechanismen der Verteilung eines Einkommens analysiert, dessen Primal, nämlich das Produktionsvolumen

<sup>27</sup> *Morgenstern* (1935), S. 337 ff.; siehe dazu auch *Kade* (1962), S. 157. Dieser Widerspruch verliert allerdings an Relevanz, wenn, wie in dieser Arbeit, das Gleichgewicht als heuristisches Prinzip betrachtet wird, eine neoklassische Preistheorie dagegen nur partialanalytisch faßbar erscheint.

<sup>28</sup> Art. Spieltheorie (*O. Morgenstern*). Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Band 9, S. 707.

<sup>29</sup> *Nyblén* (1951), S. 74.

<sup>30</sup> *Morgenstern* (1950), S. 440 f.

und seine Struktur, höchstens als Reflex von Verteilungskämpfen erscheint. Zwar gibt es Versuche, das Modell eines allgemeinen  $n$ -Personen-Spiels auf die gesamte Volkswirtschaft zu übertragen<sup>31</sup>. Dabei wird unterstellt, daß die Unternehmer durch Koalitionsverhandlungen Gewinnzuschläge auf ihre Produktionskosten aushandeln (sog. Vollkostenkalkulation), wobei für jedes Zuschlagssystem, das einer bestimmten Verhandlungsstrategie entspricht, ein und nur ein im Gleichgewicht befindlicher Preisvektor, der die Mengenstruktur des Modells determiniert, existiert.

Aber eine solche Abhängigkeit der Mengenstruktur der Produktion vom Gewinnzuschlag begründet keine spezifische Theorie der Produktion; definiert wird lediglich eine dem jeweiligen Gewinnzuschlag entsprechende Allokationslösung. Die Mengenstruktur wird zum Reflex der Koalitionsverhandlung, wird aber nicht durch die Präferenzen der Verbraucher beeinflusst. Damit ist ein essentielles Element der neoklassischen Theorie aufgelöst.

21. Die Spieltheorie schließt somit auch dann lediglich verteilungstheoretische Probleme ein, wenn die Ableitung eines allgemeinen Gütergleichgewichts intendiert wird. Das bedeutet, daß das Paretokriterium nur auf die Gewinnsituation der koalitionsfähigen Marktteilnehmer, nicht aber auf die Konsumenten angewendet werden kann. Damit wird jedoch die Grundlage, die die Neoklassik als soziale Theorie legitimiert, aufgegeben. Denn sowohl die klassische Ökonomie, allen voran bei *Adam Smith*, als auch die neoklassische mit ihren Optimalitätskriterien intendierten nachzuweisen, daß sich die Handlungen aller Marktteilnehmer, der Unternehmer wie der Konsumenten, gesellschaftlich legitimieren lassen. Eine Allokationslösung mit positiven Gewinnzuschlägen aber widerspricht dem sozialökonomischen Optimum<sup>32</sup>, das Aushandeln von Gewinnzuschlägen verletzt aus der Perspektive der Konsumenten das Paretokriterium. Die Spieltheorie kennt nur noch die Opportunität der Marktteilnehmer, die so handeln, wie es ihnen günstig erscheint.

Sicherlich stellt die Spieltheorie eine Antwort auf das Versagen einer Neoklassik dar, die vor allem im allgemeinen Gleichgewicht, aber auch bei *Marshall* eine Handlungstheorie bietet, die, wie sich am Beispiel der fallenden Preis-Nachfragekurve zeigt, die Funktion eines Lückenbüßers bei der Ableitung produktionstheoretischer Zusammenhänge hat. Insofern gebührt der Spieltheorie das Verdienst, das handlungstheoretische Element im neoklassischen Denken verstärkt zu haben. Aber sie bleibt rudimentär, da sie auf die einseitigen produktionstheoretischen Züge der Neoklassik von *Walras* bis *Marshall* eine noch einseitigere Position am handlungstheoretischen Ende der Skala bezieht.

<sup>31</sup> *Schneider* (1969), S. 141 ff.; ferner S. 203 ff.

<sup>32</sup> *Schneider* (1969), S. 226.



Deshalb kann sich die Spieltheorie nicht allein darauf berufen, daß sie gegenüber der ursprünglichen Neoklassik einen höheren Realitätsgehalt aufweise, da Kämpfe, Intrigen, Bluff und Koalitionen aller Art nun einmal Bestandteil des Wirtschaftslebens seien. Denn die Spieltheorie bezweckt nicht, lediglich diese Realitäten zu beschreiben, und kann sich, wenn sie nicht empirische Soziologie sein will, auch nicht damit begnügen. Sie ist wie jede ökonomische Theorie Entscheidungstheorie, die Normen für rationale Handlungen angibt, ungeachtet dessen, daß die Theorie zu untersuchen hat, wie sich diese Normen in der Realität durchsetzen.

Normen aber sind immer auch auf ihre soziale Dimension hin zu überprüfen. Für die Spieltheorie hat das Eigeninteresse der Wirtschaftssubjekte nichts mehr mit gesellschaftlicher Wohlfahrt zu tun; deshalb kann die Spieltheorie auch keine Grundlage für eine Theorie der Wirtschaftspolitik liefern. Sie degradiert vielmehr den liberalen Normenkatalog der Neoklassik zu einer Entscheidungstechnik für Marktteilnehmer.

## IX.

22. Die neoklassische Wachstumstheorie stellt aus der Perspektive des allgemeinen Gleichgewichtsmodells den Versuch dar, seinen stationären Charakter zu überwinden. Die Unterschiede zu *Walras* liegen in erster Linie in der makroökonomischen Fassung, die anstelle einer *n*-Güterwirtschaft das Nettoergebnis des Produktionsprozesses, für das das Sozialprodukt stehen mag, setzt<sup>33</sup>, in der Einführung des technischen Fortschritts (der in der Regel als abstrakte Effizienz-kategorie figuriert) und in der expliziten Berücksichtigung des Akkumulationsprozesses. Die Theorie ist Gleichgewichtstheorie. Aus dem ruhenden, sich reproduzierendem Gleichgewicht werden Pfade mit konstanten Wachstumsraten, deren Existenzbedingungen untersucht werden.

Die Aggregation der Güterproduktion zum Sozialprodukt hat eine doppelte Wirkung: zum einen erlaubt sie, das Gleichgewicht in einer gegenüber dem stationären Modell befriedigenderen Weise als langfristig stabil zu interpretieren, da die Nettoproduktion als Ergebnis einer längeren Periode angesehen werden kann und damit unterstellt wird, daß die produzierten Produktionsmittel dem laufenden Produktionsprozeß entstammen. Dennoch treten, wie zu zeigen sein wird, die Probleme des stationären Modells bei der Einführung des Kapitalbestands wieder auf.

<sup>33</sup> Formal gesehen kann das Modell auch als Einproduktwirtschaft, deren Ergebnis für Konsum- und Investitionszwecke verwendet wird, interpretiert werden. Aber ein solcher Kunstgriff verschleiert die Erkenntnismöglichkeiten dieser Theorie, weil er nur noch erlaubt, die logische Validität des Ableitungszusammenhangs zu überprüfen.



Zum anderen bewirkt die Aggregation eine strikte Trennung von Allokationsprozeß und Akkumulationsprozeß. Ein mit gleichgewichtiger Rate wachsendes Sozialprodukt bedeutet implizit, daß sich auch seine Struktur im Gleichgewicht befindet. Damit unterstellt die neoklassische Wachstumstheorie, daß die Kalküle der Wirtschaftssubjekte, die das Marktgleichgewicht gewährleisten, nicht auf den Wachstumsprozeß wirken. Aber auch der Wachstumsprozeß selbst wird durch dem stationären Modell entnommene Kalküle gesteuert, da die Sparpräferenzen der Haushalte und damit die Verfügung über ein gegebenes Einkommen die Investitionssumme und damit die Höhe der Akkumulation bestimmen.

Handlungstheoretisch gesehen, bleibt die neoklassische Wachstumstheorie stationärem Denken verhaftet. Das wird dadurch erreicht, daß Markt- und Wachstumsprozeß von unterschiedlichen Wirtschaftsgruppen gesteuert werden: der Marktprozeß von den Unternehmern, der Akkumulationsprozeß von den Haushalten, wobei das Gleichgewicht von Akkumulationsrate und natürlicher Wachstumsrate über eine Änderung der Kapitalproduktivität selbststeuernd erreicht wird.

Es gibt in diesem Modell keine Unternehmer, die akkumulieren, weil die Konkurrenz sie dazu zwingt, Profite zu erzielen oder zu verwerten; die Unternehmer sind lediglich Sachwalter des Sparvermögens der Haushalte. Das entspricht genau den Bedingungen einer stationären, sich stetig reproduzierenden Wirtschaft. Zwar ist ein Modell sich stetig reproduzierender Wachstumsraten nicht unbedingt unangemessen; die neoklassische Wachstumsrate aber leitet die entsprechenden Bedingungen über eine unangemessene Handlungstheorie ab: ein Ansatz beispielsweise, der auch die Akkumulation von unternehmerischen Dispositionen her erklären würde, wäre auf für den Wachstumsprozeß typische Aktionsmuster gestoßen, die sich aus dem Zusammenspiel von Allokation und Akkumulation ergeben. Da die Wachstumstheorie solche Analysen unterließ, blieb ihr der Weg zu einer adäquaten entscheidungstheoretischen Formulierung des Wachstumsprozesses versperrt.

Ein Modell, das Marktgleichgewicht voraussetzt und dann isoliert die Stabilitätsbedingungen des Wachstumsprozesses untersucht, stellt keinen ausreichenden Beweis für die Möglichkeit stetigen Wachstums dar. Solow hat 1956 das Instabilitätstheorem von Harrod nicht widerlegt, sondern einfach wegdefiniert.

Die Kapitalakkumulation bildet aber auch durch die Notwendigkeit, einen Anfangsbestand Kapital zu definieren, einen schwachen Punkt der neoklassischen Wachstumstheorie. Da die Akkumulation einer Periode, d. h. ihre Nettoinvestition, eine Wertgröße ist, muß auch der Kapitalstock, der als Anfangsbestand in das Modell eingeführt wird, eine Wertgröße sein. Wertgrößen aber sind das Ergebnis ökonomischer Prozesse,

das zu erklären ist, aber nicht vorgegeben werden kann. Die der neoklassischen Wachstumstheorie zugrundeliegende Produktionsfunktion perpetuiert die *Clarksche* Konfundation von physischen und bewerteten Mengen — eine Konfundation, die auf eine bis heute andauernde Vulgarisierung der Neoklassik hinweist, der ihre Begründer, aber auch spätere Vertreter, wie *Böhm-Bawerk*, entgangen waren (*Hicks*, 1965, S. 293).

Diese Produktionsfunktion versetzt die neoklassische Wachstumstheorie in logische Widersprüche. Denn jede Produktionstheorie muß von physischen Kategorien ausgehen, die in der Analyse der kurzen Periode auch reproduzierbare Produktionsmittel enthalten können. Die neoklassische Wachstumstheorie behandelt tatsächlich Kapital wie Boden, nämlich als originären Produktionsfaktor. Das aber schließt nicht nur eine Akkumulationstheorie aus, sondern begründet auch eine Rententheorie und keine Profittheorie.

Dieses Resultat zeigt, daß eine Theorie, die Wachstumsbedingungen durch eine evolutorische Fassung eines stationären Gleichgewichts ableiten will, zum Scheitern verurteilt ist. Denn die allein kurzfristige Gültigkeit des stationären neoklassischen Modells ist nicht zu überwinden. Die Probleme, die durch die Einführung des Nettoergebnisses der Produktion verschwinden, treten bei der Einführung des Kapitals wieder auf.

23. Die neoklassische Wachstumstheorie scheitert in doppelter Hinsicht: inhaltlich an der wenig überzeugenden Handlungstheorie, logisch darüber hinaus am Kapitalbegriff. Aber auch hinter der unzulänglichen Fassung des Kapitalbegriffs verbergen sich inhaltliche Probleme, vor allem entscheidende Mißverständnisse über die Rolle des Kapitals im Produktionsprozeß. Sie dokumentieren sich im Bestreben, Kapital als Produktionsfaktor zu definieren: es als den Ausdruck für den *time pattern of labour inputs* (*Nuti*, 1971, S. 24 f.) zu fassen und damit seine Einführung in die Produktionsfunktion zu rechtfertigen.

Aber Kapital kann niemals Produktionsfaktor sein, da es eine Wertkategorie ist, Produktionsfaktoren aber immer Mengenkategorien darstellen. Kapital läßt sich deshalb sinnvoll nur als Vorschuß des (deshalb so bezeichneten) Kapitalisten zur Durchführung des Produktionsprozesses fassen. Der Fehlbeurteilung der Rolle des Kapitals im Produktionsprozeß ist *Walras* durch die Einführung der Fiktion von Kapitalnutzungsmengen knapp entgangen; von *Clark* bis zur gegenwärtig herrschenden Orthodoxie ist der Fehlbeurteilung dann fast jeder erlegen. *Böhm-Bawerk*, *Wicksell* und in unserer Zeit *Joan Robinson* stellen die rühmlichen Ausnahmen dar. Aber sie blieben Außenseiter; die Orthodoxie erwies sich bis heute als so stark, daß sie eine dem wirtschaftlichen Wachstum adäquate Theorie blockierte.

Was bleibt von der neoklassische Wachstumstheorie übrig? Bestenfalls der Nachweis, daß langfristig Reallohnsteigerungen der steigenden Effizienz der Arbeit entsprechen müssen. Marktgleichgewicht und Akkumulationsprozeß bilden bei derartigen Überlegungen nur noch den Rahmen der Theorie, nicht mehr aber ihre Essenz. Sicherlich ist der Nachweis langfristig steigender Löhne nicht unwichtig, berücksichtigt man, daß die klassische Ökonomie auch langfristige Prozesse mit der Reproduktionskostentheorie der Arbeit verknüpfte und damit den Lohn als Existenzminimum verstand. So gesehen, zieht die neoklassische Wachstumstheorie die endgültige Konsequenz aus der neoklassischen Allokationstheorie, für die der Arbeiter als Marktteilnehmer figuriert. Dennoch liefert die Wachstumstheorie auch hier nicht mehr als die Logik steigender ökonomischer Effizienz — ein Ergebnis, das dürftig bleibt, solange nicht befriedigend geklärt wird, wie die Handlungen der Wirtschaftssubjekte diese Effizienz durchsetzen.

## X.

24. Damit kann das Resümee gezogen werden. Neoklassisches Denken zielt auf die Analyse der kurzfristigen Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte. Von den drei Strömungen zeitgenössischen neoklassischen Denkens hat allein die Spieltheorie dieses Grundprinzip nicht verletzt. Die Wachstumstheorie scheitert daran, daß sie ein für eine kurzfristige Analyse geeignetes Instrumentarium auf langfristige Phänomene anwendet; die Wohlfahrtsökonomie versagt in doppelter Hinsicht: zum einen, weil sie ein Instrumentarium, das auf individuelle Entscheidungen zugeschnitten ist, auf den Staat überträgt, zum anderen, weil sie die Nutzenmaximierung als ein universelles Handlungsprinzip interpretiert.

Alle Versuche von *Pareto* bis in unsere Tage, dem Prinzip der Nutzenmaximierung durch die Aufstellung einer Präferenzordnung eine genauere entscheidungstheoretische Fundierung zu geben, sind im Formalen steckengeblieben, weil sie sich lediglich an logischen Forderungen orientieren<sup>34</sup>. Die Neoklassik wird zu einer Scholastik, wenn sie sich von ihren produktions- und tauschtheoretischen Grundlagen löst. Es dient daher eher dem Verständnis der Neoklassik, ihre Gültigkeit so einzuschränken, daß diese Grundlagen nicht verletzt werden. Drei Gesichtspunkte sind dabei zu beachten<sup>35</sup>.

Zum einen kann die Neoklassik nur eine Theorie der Verfügung über Güter und Dienstleistungen, die durch Marktprozesse gesteuert werden, sein. Wirtschaften ist an die Verfügung über materielle Ressourcen ge-

<sup>34</sup> Siehe dazu Art. Wirtschaftswissenschaft: Methodenlehre. II. Formen positiver Methodologie (*H. Kloten, N. Kuhn*), Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 12, S. 314.

<sup>35</sup> Wir folgen hier weitgehend *Lowe* (1965), S. 230 f.



bunden, aber kein universelles Verhaltensprinzip, das aus begrenzter Lebenserwartung oder einem Selektionszwang oder einfach aus Zeitknappheit resultiert.

Zum anderen bedeutet das Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen (bei *Marshall* durch die fallende Preis-Nachfragefunktion ausgedrückt), daß eine direkte Sättigung, bei der sich die Nachfrage nach einem Gut durch eine Preissenkung nicht mehr erhöht, daß aber auch Prestigekäufe oder der Konsum inferiorer Güter aus dem neoklassischen Denkansatz auscheiden. Dadurch bleibt die Neoklassik eine Theorie des Wirtschaftens, die von einer materiellen Unterversorgung der Bevölkerung ausgeht<sup>36</sup>. Das gibt auch dem Grenznutzenprinzip Realitätsgehalt, da eine fallende Preis-Nachfragefunktion bedeutet, daß sich die Konsumenten besser versorgt fühlen, wenn sie größere Mengen der abgebotenen Güter erhalten. Untersättigung ist Präferenz einer größeren gegenüber einer kleineren Menge. Die kurzfristige Maximierung des Nutzens läßt sich auf den generellen Wunsch nach Maximierung der mengenmäßigen Versorgung zurückführen.

Zum dritten muß sich das Kalkül auf kurzfristige Phänomene beschränken. Vieles spricht dafür, daß dies nicht nur durch die Vorgabe von Ressourcen, sondern auch durch den spezifischen Charakter der Handlungstheorie notwendig wird: die Maxime der Nutzen- und Gewinnmaximierung ist lediglich bei kurzfristigen Analysen legitim; als langfristige Strategie wird sie inhaltsleer, weil sie sich nicht mehr von anderen Handlungsmaximen, wie der Umsatzmaximierung, unterscheiden läßt.

25. Damit kann der Neoklassik das Terrain zugewiesen werden, das ihr gebührt: *Ausgehend von einer Situation der Untersättigung, bietet sie eine Theorie kurzfristiger Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte über materielle Ressourcen.* An die neoklassischen Voraussetzungen der Untersättigung und des kurzfristigen Handlungsspielraums ist auch die gängige Definition des Wirtschaftens als „Verfügung über knappe Mittel zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse“ gebunden. Knappheit zwingt zu einem rationellen Mitteleinsatz, der sich aber nur bei vorgegebenen Ressourcen (und damit bei kurzfristig orientierten Handlungen) und beim Ziel der Produktionsmaximierung (und damit bei Untersättigung) ableiten läßt. Dadurch aber stellt diese Definition des Wirtschaftens kein universelles Prinzip dar, sondern ist an die neoklassischen Bedingungen geknüpft.

Durch ihre Definition des Wirtschaftens zeigt sich die Neoklassik als die ökonomische Theorie einer Gesellschaft, für die das konstitutive

<sup>36</sup> Der Kauf von Prestigegütern und inferioren Gütern stellt in diesem Sinne eine Reaktion auf Übersättigung mit billigen Gütern dar. Vgl. *Lowe* (1965), S. 231.

Merkmal die Rationalisierung des Produktionsprozesses, manifestiert im Wirtschaftlichkeitsprinzip, ist. Das unterscheidet sie von der klassischen Ökonomie, die, vor allem bei *Adam Smith*, eine Theorie des langfristig über Akkumulation und Arbeitsteilung bewirkten Wohlstands intendierte. Das Rationalprinzip der Neoklassik erklärt zugleich ihr produktionstheoretisches Primat und die Beschränkung des Nutzenkalküls auf ein heuristisches Prinzip.

Damit lassen sich auch die tieferen Gründe für die Inhaltsleere zeitgenössischen neoklassischen Denkens angeben. Sie liegen darin, daß ein historisch bedingtes Prinzip des Wirtschaftens, das an die Unterversorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen gebunden ist, mit dem historisch nicht aufhebbaren Tatbestand, daß überhaupt gewirtschaftet werden muß, verwechselt wird. Je stärker die neoklassische Fragestellung historisch an Bedeutung verliert, sei es durch eine langfristige Stabilisierungspolitik des Staates, sei es durch die Reduktion der materiellen Unterversorgung in den modernen Konsumgesellschaften, desto stärker verliert die neoklassische Definition des Wirtschaftens an Relevanz. Wenn die ökonomische Theorie dies nicht beachtet, bleibt sie zur Stagnation verurteilt: denn geht man von der neoklassischen Definition des Wirtschaftens aus, lassen sich nach den Gesetzen der Logik niemals die Grenzen neoklassischen Denkens überwinden.

### Zusammenfassung

Diese Abhandlung will zu klären versuchen, inwieweit die wichtigsten Ausformungen der neoklassischen Theorie — Preistheorie, Wohlfahrtsökonomie, Spieltheorie und Wachstumstheorie — mit Kategorien arbeiten, die den Fragestellungen dieser Theorien unangemessen sind. Dabei wird gezeigt, daß das neoklassische Instrumentarium lediglich die Analyse kurzfristiger Marktprozesse, die auf Verfügen über materielle Ressourcen beruhen, erlaubt. Daran scheitern vor allem Wohlfahrtsökonomie und Wachstumstheorie, während sich die Spieltheorie, die durchaus eine angemessene Weiterentwicklung der neoklassischen Handlungstheorie liefert, auf Verteilungsprobleme zwischen Unternehmen beschränkt. Das Herzstück der Neoklassik, die Preistheorie, liefert wiederum nur eine Allokationslösung mit dem Auftreten von Knappheitsrenten, nicht aber eine Tauschtheorie, die den Profit als Einkommensquelle der Kapitalbesitzer erklärt.

### Summary

This article tries to clarify to what extent the most important sectors of neoclassical economics — chiefly price theory, welfare economics, game theory and growth theory — make use of categories appropriate to the foundations of neoclassics. The results indicate that neoclassics are founding the analysis of short-term market processes that depend on disposal of material resources. This makes welfare economics and growth theory obsolete, while game theory indeed delivers an appropriate theory of economic action but reduces this

approach to the theory of distribution among entrepreneurs. The neoclassical price theory on the other hand delivers only a theory of allocation explaining quasi rents but not a theory of exchange which analyses profit as a source of income appropriated by capitalists.

### Literatur

- Blaug, M.* (1962), *Economic Theory in Retrospect*, Homewood (Illinois) 1962.
- Frey, B. S.* (1972), *Umweltökonomie*, Göttingen 1972.
- Hicks, J. R.* (1965), *Capital and Growth*, Oxford 1965.
- Kade, G.* (1962), *Die Grundannahmen der Preistheorie*, Berlin und Frankfurt 1962.
- Kaldor, N.* (1934), *The Equilibrium of the Firm*, *Economic Journal* (1934); wiederabgedruckt in *Kaldor* (1960), S. 34 ff.
- (1937), *The Controversy on the Theory of Capital*, *Econometrica* (1937), wiederabgedruckt in *Kaldor, N.* (1960).
- (1960), *Essays on Value and Distribution*, London 1960.
- Kloten, H.* und *N. Kuhn*, Artikel *Wirtschaftswissenschaft: Methodenlehre. II. Formen positiver Methodologie*, *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, Band 12.
- Kuhn, T. S.* (1967), *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*, Frankfurt a. M. 1967.
- Kromphardt, W.*, Artikel *Preis II*, *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, Band 8.
- Leijonhufvud, A.* (1973), *Über Keynes und den Keynesianismus*, Köln 1973.
- Lowe, A.* (1965), *Politische Ökonomik*, Frankfurt a. M. 1965.
- Marshall, A.* (1890), *Principles of Economics*, London 1890.
- Morgenstern, O.* (1935), *Vollkommene Voraussicht und wirtschaftliches Gleichgewicht*, *Zeitschrift für Nationalökonomie* 6 (1935), S. 337 ff.
- (1950), *Die Theorie der Spiele und wirtschaftliches Verhalten*, *Jahrbücher für Sozialwissenschaften* 1 (1950), abgedruckt in *Ott* (1965), S. 440 f.
- Artikel *Spieltheorie*, *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, Band 9.
- Nuti, D. M.* (1971), „Vulgar Economy“ in the Theory of Distribution, *Science and Society* 35 (1971).
- Nyblén, G.* (1951), *The Problem of Summation in Economic Science*, Lund 1951.
- Ott, A. E.* (Hrsg.) (1965), *Preistheorie*, Köln und Berlin 1965.
- Pigou, A. C.* (1920), *The Economics of Welfare*, London 1920.
- Schneider, H.* (1969), *Das allgemeine Gleichgewicht in der Marktwirtschaft*, Tübingen 1969.
- Schumpeter, J.* (1954), *History of Economic Analysis*, New York 1954.
- Sen, A. K.* (1970), *Collective Choice and Social Welfare*, San Francisco 1970.